



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Heike Hänsel
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Niels Annen

Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsminister im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

HAUSANSCHRIFT
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

TEL +49 (0)30 18-17-0
FAX +49 (0)30 18-17-0

www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den 21. März 2018

Sehr geehrte Frau Kollegin,

liebe Frau Hänsel,

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre für die Fragestunde am
21. März 2018 gestellte Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Niels Annen

Wahrnehmung durch Staatsminister Niels Annen

Frage Nr. 24

MdB Heike Hänsel

Fraktion DIE LINKE.

Frage:

Auf welche belastbaren Beweise stützt die Bundesregierung ihre Vorwürfe gegen die russische Regierung im Fall des Anschlags auf einen ehemaligen russischen Geheimdienstmitarbeiter in Großbritannien und wie bewertet sie die Bestätigung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vom 27. September 2017, der zufolge die russischen Chemiewaffen unter Beobachtung der OPCW vollständig vernichtet worden sind?

Antwort:

Das Vereinigte Königreich hat uns sowie anderen westlichen Partnern im Detail dargelegt, dass Russland mit hoher Wahrscheinlichkeit die Verantwortung für den Anschlag auf Sergej Skripal und seine Tochter trägt.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Vereinigten Königreichs. Es gibt keine plausible alternative Erklärung. Russlands Weigerung, auf die berechtigten Fragen der Regierung des Vereinigten Königreichs einzugehen, geben zusätzliche Anhaltspunkte für eine Verantwortlichkeit.

Die Bestätigung der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen – kurz: OVCW – vom 27. September 2017 bezieht sich auf die von Russland bei seinem Beitritt zum Chemiewaffenübereinkommen 1997 gegenüber der OVCW deklarierten Bestände an Chemiewaffen. Von anderen möglichen Beständen hätte die OVCW keine Kenntnis haben können, da sie ihr gegenüber nicht deklariert wurden. Das Nowitschok-Programm wurde von Russland nicht deklariert.